



**Antwort auf die Regierungserklärung
der Landesregierung NRW vom 12.09.2012**

**Redemanuskript vom 13.09.2012 von
Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender der Piratenfraktion im Landtag NRW**

- Es gilt das gesprochene Wort -

[Anrede]

Die kleinste Fraktion zu sein, bietet bisweilen auch einen gewissen Komfort, man hat öfter mal Gelegenheit, das letzte Wort zu haben.

Wir haben gestern die Regierungserklärung der Landesregierung gehört.

Frau Kraft hat zahlreiche Initiativen und Programme angekündigt. Viele dieser Initiativen machen inhaltlich ganz sicher Sinn, letztendlich sind es jedoch nur Luftschlösser. Die Ministerpräsidentin hat ausdrücklich gesagt, dass sämtliche Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Den Worten müssen aber auch Taten folgen. Das werden wir als Piraten in unserer Oppositionsrolle genau prüfen.

„In der Politik nicht nur reagieren“, sagt die Ministerpräsidentin und „Wir müssen viel öfter vorausschauend agieren“. Aus Piratensicht müssen wir nicht nur viel öfter, sondern grundsätzlich vorausschauend in die Zukunft investieren. Darunter verstehen wir Investitionen in Bereiche, die die Arbeits- und Lebenssituationen der Menschen spürbar und direkt verbessern. Das sind z. B. Investitionen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Investitionen in die Betreuung unserer Kinder. Da steht Nordrhein-Westfalen in Deutschland auf dem letzten Platz. Wir wollen den diskriminierungsfreien Zugang zur öffentlichen Infrastruktur und Investitionen in gute Bildung. Der öffentliche Nahverkehr ist zwar öffentlich, aber heute viel zu teuer.

Frau Ministerpräsidentin, sie sprechen bei zahlreichen Maßnahmen von „Präventionsrendite“. Es kann doch nicht angehen, dass zum Beispiel die Betreuung unserer Kinder nur dann Sinn macht, wenn es sich betriebswirtschaftlich rechnet. Sonst müssten wir ja die Altenpflege einstellen ...

Die Regierung sieht die Lösung der Probleme in NRW darin, gezielt zu sparen, in die Zukunft zu investieren und Einnahmen zu erhöhen. Ein Dreiklang, wie in Seife gemeißelt. Die Einnahmen zu erhöhen, ist sicher eine gute Idee. Aber wie denn? Hier fordern wir konkrete Vorschläge der Regierung und nicht nur das Vertrösten auf Bundesratsinitiativen.

Wir freuen uns, dass Frau Kraft explizit gesagt hat, sie möchte das Projekt der besseren Bildung gemeinsam mit uns entwickeln. Wir werden uns da ganz deutlich mit Konzepten einbringen.



Die schönen Zahlen, die Frau Kraft aus dem Bereich Bildung genannt hat, sind Augenwischerei. Wenn man sich vor Augen führt, dass in NRW für Digitalmedien für Schulen pro Kopf pro Jahr etwa 51 Cent ausgegeben werden und in Finnland 2,50 Euro, dann ist das ein Fünftel. Wir wissen alle, wie gut Finnland in der Pisa-Studie abgeschnitten hat. Das kleine Beispiel zeigt deutlich, dass die Bildung bei uns total unterfinanziert ist. Wir sind das Schlusslicht in Europa.

Wir haben heute die technischen Möglichkeiten, auch im Netz Dinge zu realisieren, die noch gar nicht in Angriff genommen worden sind. Anstatt Universitäten, Fachhochschulen, Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen weiter im eigenen Saft kochen zu lassen, sollte man endlich mal Vernetzungskonzepte entwickeln.

Wir werden jetzt noch weitere Beispiele aufzeigen, wie wir uns eine konkrete, verantwortungsvolle Politik für NRW vorstellen.

Ökologische Erneuerung – Klima- und Umweltschutz

Für uns PIRATEN ist Nachhaltigkeit eines der Leitbilder für gesellschaftliche Entwicklung. Dabei sind Bürgerinnen und Bürger nicht nur Verursacher, sondern auch Entscheider und Antriebsmotoren für Veränderungen.

Damit soll im Sinne aller Bürger und künftiger Generationen eine offene Entwicklung ermöglicht werden, die als Ziel ein Leben der Menschen in Einklang von Natur, Lebensraum, Technik und Arbeit hat und dadurch eine gute Lebensqualität sichert.

Die Bereiche der Umweltpolitik, die die Landesregierung im Koalitionsvertrag beschrieben hat, sind zum großen Teil für uns PIRATEN zustimmungsfähig.

Wie zum Beispiel: Erhöhung des Stromversorgungsanteils durch Windenergie bzw. Repowering, die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Stärkung ländlicher Räume – naturnahe Landwirtschaft.

Die Umsetzung werden wir sehr genau verfolgen, denn Versprechen und ihre Einhaltung weisen oft erhebliche Differenzen auf.

Da wäre z. B. der Klimaschutz made in NRW:

In dem Entwurf des Klimaschutzgesetzes soll der Ausstoß von CO₂ in NRW bis 2020 um mindestens 25% und bis 2050 um mindestens 80% gegenüber 1990 reduziert werden. Damit weicht die frisch gebackene Koalitionsregierung von den bundesweiten Reduktionszielen (minus 40% bis 2020 und minus 80-95% bis 2050) deutlich ab.

Warum, wird nicht erklärt!

Das Klimaschutzgesetz legt Klimaschutzziele für NRW und den rechtlichen Rahmen dafür fest.

Dazu muss leider festgestellt werden, dass das Gesetz nur für öffentliche Stellen gilt, die bei großzügiger Rechnung höchstens 4-5% CO₂ Emissionen verursachen. Hier ist also nicht allzu viel einzusparen.



Wie die oben genannten Ziele dann trotzdem erreicht werden sollen ohne feste, verbindliche Reduktionsziele für Verkehr, Wirtschaft, die Industrie - hier vor allem für die Energieumwandlung -, wird nicht erwähnt und schon gar nicht erläutert.

Der Umstieg auf erneuerbare Energien soll in NRW von 10% auf 30% bis 2025 erhöht werden.

Es wird aber nur gefordert, gefördert werden soll es vom Bund. NRW entwirft dazu Handlungsstrategien und identifiziert. Wenn der Bund nicht zahlt, wird daraus dann wohl nichts.

Aus dem Koalitionsvertrag ist zu entnehmen, dass die SPD/Grüne Landesregierung weit davon entfernt ist, die Herausforderungen der Energiewende für NRW strategisch und strukturiert anzugehen.

Die Notwendigkeit eines Landesmasterplans zur Energie wird nicht erkannt und wohl auch nicht gewollt. Die einzelnen Maßnahmen erscheinen ebenso disparat, wie ihre Umsetzung vage ist.

Es wird auch völlig ignoriert, dass der Umbau der Energiewirtschaft ohne regulative Steuerung des Landes und auch ohne massive mittelbare und unmittelbare Investitionen des Landes nicht machbar ist.

Die Regierungskoalition vertraut weiter auf den Markt, der im Bereich der Energiewirtschaft vollkommen von den vier großen Energiekonzernen (oligopolistisch) beherrscht wird.

Im gesamten Energiebereich wird meistens auf den Bund verwiesen. So wird Beratung und Hilfeleistung bei der Rekommunalisierung von Strom- und Gasnetzen versprochen, wie das alles finanziert werden soll, bleibt ein Rätsel.

Stadtwerke werden nicht einmal erwähnt, obwohl sie bisher eine Alternative zu den vier großen Energieversorgern sind und deren Monopolstellung und damit Macht mindern könnten.

Erklärtes Ziel der PIRATEN in NRW ist es, Monopol- und Oligopolbildungen, die dem Gemeinwohl schaden, durch Schaffung transparenter Marktstrukturen aufzulösen.

Ein wichtiger Aspekt nachhaltiger Energiepolitik ist daher die Dezentralisierung der Strom- und Wärmeproduktion.

Dazu gehört es für die PIRATEN auch, eine neutrale Netzgesellschaft, zu mindestens für NRW, zu gründen.

Bezeichnend ist, dass eine „deutsche Netzgesellschaft auf Übertragungs-netzebene mit bestimmenden Einfluss der öffentlichen Hand“ im Koalitionsvertrag aufgeführt bzw. gefordert wird. Für uns Piraten ist das definitiv zu wenig!

Ziel muss für alle sein, eine Vielfalt innovativer lokaler Energieerzeuger aufzubauen und den Einfluss bestehender Oligopole zu verringern. Hier hat die Politik eine weit tragende Gestaltungsaufgabe im Sinne der Nachhaltigkeit.

Ein Skandal ist auch die bisherige Zahlung der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegten Umlage. Mit der Umlage finanzieren alle Stromkunden, auch Harzt-IV-Empfänger, die Energie aus erneuerbaren Quellen.



Und das, während es für die energieintensive Industrie weitgehende Befreiungsregelungen bei der Umlage gibt. Diese Ausnahmen haben dann auch zu den immer höher werdenden Energiepreisen geführt.

So stellen sich die PIRATEN eine bürgerfreundliche Energieversorgung nicht vor.

Das alles hat u. a. auch zur sogenannten Energiearmut geführt.

Auf die Energiearmut wird im Koalitionsvertrag zwar hingewiesen, aber lediglich das Übliche vorgeschlagen.

Einkommensarme Menschen sollen mit einer „aufsuchenden Energieberatung“ beglückt werden. Das ändert aber nichts an den überhöhten Energiepreisen, die im Übrigen durch nichts gerechtfertigt sind. Nicht, dass Aufsuchung zur Heimsuchung wird.

Der ehemalige Volkswagen-Manager Daniel Goeudevert bemerkte einmal, „Wer soll die Energiewende eigentlich hinkriegen, wenn nicht Deutschland?“ Er gemahnte uns, darin auch eine Chance zu sehen.

Aber die Energiewende hat mindestens noch eine weitere Seite, die in Ihrer Rede, Frau Ministerpräsidentin, leider überhaupt nicht thematisiert worden ist. Ich spreche von Energieeffizienz und Energieeinsparungsmöglichkeiten.

Zurzeit liegen Amortisierungszeiten für Investitionen in Energieeffizienz gerade bei energieintensiven Industrieunternehmen zwischen anderthalb und vier Jahren. Hedgefonds, die solche Firmen besitzen, verlangen aber häufig einen Amortisierungszeitraum von einem halben Jahr. Deshalb passiert nichts. Jedermann akzeptiert natürlich den berechtigten Anspruch der Teilhaber. Aber hier wird der shareholder value einseitig, kurzfristig und verabsolutierend über das Gemeinwohl gestellt.

Meine Damen und Herren, das ist Finanzterrorismus!

Und wir können uns von der schönen Energiewende verabschieden, wenn wir dem nicht Einhalt gebieten.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Bundesrat und darüber hinaus aktiv für das Thema Transaktionssteuer stark zu machen. Gegebenenfalls sind noch weitere Konzepte zu entwickeln.

Es kann nicht angehen, dass für den Handel mit so gut wie allen materiellen Gütern eine Umsatzsteuer erhoben wird – und Kapital hingegen frei im Netz flottieren darf!

Wer den Verkehr von Leuten und Ideen kontrollieren will, nicht jedoch die Kapitalströme, schlägt den direkten Weg in die Katastrophe ein.

Das in diesem Zusammenhang gebetsmühlenartig wiederholte Argument der Abwanderung, z. B. von Börsenplätzen, ist dabei wenig mehr als Augenwischerei, gilt es doch, staatliche Handlungsfähigkeit überhaupt sicherzustellen.

Neben dem positiven fiskalischen Aspekt gibt es bei diesen Steuerkonzepten noch einen weiteren, der leider viel zu selten benannt wird. Jeder Ingenieur – und wir haben in NRW eine große



Zahl fähiger Ingenieure – weiß, dass ein technisches System, z. B. eine elektronische Schaltung ohne sogenannte „Dämpfungsglieder“ seinen Konstrukteuren um die Ohren fliegt.

Viele Wirtschaftstheologen wollen oder können davon offensichtlich nichts wissen. Dilettantismus, oder kriminelle Energie?

Weitere Knackpunkte aus dem Koalitionsvertrag sind die CO-Pipeline, die Option an CCS festzuhalten und das Fracking. Alle Projekte werden nicht rigoros abgelehnt, wie es eine breite Mehrheit der Bevölkerung, und vor allem der Anwohnerinnen dieser Projekte, fordern. Es werden stattdessen weitere Forschungen oder Gerichtsurteile abgewartet, die eine gefahrlose Weiterführung ermöglichen sollen.

Politisch verantwortungsvolles Handeln im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sieht anders aus!

Ähnliches gilt für die Uran-Anreicherung in Gronau. Hier verfolgt die Landesregierung offenbar das Konzept „Aussetzen“. Es wird die Absicht bekundet, die Uran-Anreicherung „rechtssicher zu beenden“, es wird aber nicht einmal eine rechtlich bindende Bundesratsinitiative geplant.

Auch die Forderung vieler Bürgerinitiativen nach Erstellung einer Kinderkrebsstudie im Umkreis von Atomstandorten wird nicht aufgegriffen.

Ein weiteres zukunftsunfähiges Projekt ist die sogenannte Dichtheitsprüfung. Es ist wohl von einer Novellierung des Landeswassergesetzes die Rede, aber die Ausführungen dazu lassen den Schluss zu, dass es eine Neuauflage der Dichtheitsprüfung geben soll. Unabhängig davon, ob eine Gefährdung überhaupt gegeben ist.

Aus ideologischen Gründen wird der Dichtheitsprüfungswahn wohl wieder aus der Schublade geholt.

Wie dem auch sei, eine effiziente Umsetzung der Energiewende sowie effektiver Klimaschutz sind nicht ohne Innovation zu haben. Innovation aber hängt maßgeblich von der umfassenden Nutzung unserer intellektuellen Potentiale ab. Wobei sich Nutzung hier nicht nur auf den rein ökonomischen Aspekt beziehen soll. Der Begriff Bildung meint ungleich viel, viel mehr.

Frau Ministerpräsidentin, gestern haben Sie von Max erzählt, ich erzähle heute mal von Erkan.

[Freie Rede]

Im Koalitionsvertrag steht: „Wir bekennen uns zu dem Ziel, bis 2015 gesamtstaatlich 10% des Bruttoinlandsprodukts für Bildungs- und Forschungsausgaben aufzuwenden.“ Meint die Regierung dies ernst, muss sie mutigere Schritte unternehmen. Wir fordern mehr Investitionen! Die Bildungsausgaben betragen in Deutschland im Jahr 2009 rund 5% des BIP und NRW ist hierbei in Deutschland nicht Spitze. Hier ist noch mehr zu tun. Auf keinen Fall darf man nach 2015 bei den 10% stehen bleiben.

Der Koalitionsvertrag weist zu Recht darauf hin, dass der Bildungserfolg auch in Nordrhein-Westfalen noch zu stark von der sozialen Herkunft abhängt. In der Regierungserklärung blieb dies leider ohne Erwähnung. Ja, dies kann sich unsere Gesellschaft nicht mehr leisten, nicht nur volkswirtschaftlich. Es ist und bleibt ein Skandal. Denn die Ungerechtigkeit wird von den öffentlichen Bildungseinrichtungen selbst produziert. Es gelingt immer noch nicht, dass die öffentlichen



Bildungseinrichtungen die unterschiedlichen Chancen der Kinder aufgrund des Elternhauses auszugleichen. Vielmehr verschärfen sie die Ungleichheit dadurch, dass sie die Kinder aus sogenannten bildungsfernen Familien und von Migranten diskriminieren; die Kinder aus dem Bildungsbürgertum hingegen de facto weiterhin privilegiert. Bildung ist ein Menschenrecht - unsere Schulen und KITAs müssen dem gerecht werden. Dazu müssen sie in die Lage versetzt werden, alle Kinder individuell zu fördern.

Auch wenn in diesem Land der Schulfrieden ausgerufen wurde: Wir kritisieren das gegliederte Schulsystem weiterhin wegen der sozialen Selektion. Und wir sprechen uns für eine flüssige Schullaufbahn aus. Dieses Schulmodell geht über die Sekundarschule weit hinaus. Dabei geht es nicht nur um längeres, gemeinsames Lernen. An dieser Schule sollen unterschiedliche Geschwindigkeiten durch frei wählbare Kurse, soll flexibles, individuelles Lernen für alle Schüler möglich werden. Darin sehen wir ein zeitgemäßes Unterrichtsmodell. Es bietet allen Schülern bessere Chancen, sich in ihrer individuellen Entwicklung entsprechend ihrer Fähigkeiten zu entfalten.

Vor diesem Hintergrund können wir dem Schulversuch PRIMUS einiges Positives abgewinnen.

Die Regierung bringt morgen das 8. Schulrechtsänderungsgesetz ein. Mit dieser Initiative soll bei zurückgehenden Schülerzahlen der Erhalt kleiner Grundschulstandorte erleichtert werden. Dazu soll auch der Klassenfrequenzrichtwert gesenkt werden. Dieser Wert bestimmt, wie viele Schüler eigentlich in einer Klasse sein sollten. Derzeit liegt er für Grundschulen bei 24, die Landesregierung will ihn auf 22,5 senken. Wir meinen, dass die Klassengröße mittelfristig auf höchstens 15 Schüler gesenkt werden muss. Das würde zwar viel Geld kosten, aber dies sollte es uns wert sein. Denn „Keine Bildung ist viel zu teuer!“

Laut Koalitionsvertrag und Regierungserklärung sieht die Regierung in der Inklusion die zentrale Herausforderung für die Schulen in NRW. Auch wir Piraten treten für die Schaffung eines konsequent inklusiven Bildungssystems ein. Denn wir wollen allen Schülern die gleichen Rechte, Chancen und Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Auch wir Piraten streben den Rückbau der Förderschulen an. Schüler mit speziellen Förderbedürfnissen sollen so weit als möglich in die allgemeinbildenden Schulen eingebunden werden. Dem schrittweisen Rückbau der Förderschulen muss ein entsprechender Ausbau der Regelschulen gegenüberstehen. Wir wollen den Rechtsanspruch auf inklusive Bildung so schnell wie möglich gesetzlich verankern. Elternwille auf Augenhöhe ist dabei oberstes Gebot.

Das durch die Schließung der Förderschulen eingesparte Geld muss zu 100 Prozent in die inklusive Schule investiert werden. Auf keinen Fall darf es zum Stopfen von Haushaltslöchern herangezogen werden. Um zügig die Rahmenbedingungen für gelungene Inklusion zu schaffen, sind große Investitionen erforderlich. Schulen müssen umgebaut, personell und strukturell entsprechend ausgestattet und Lehrkräfte aus- und weitergebildet werden. Für eine ausreichende personelle Ausstattung muss der Personalschlüssel deutlich erhöht werden. Inklusiv arbeitende Lehrer benötigen intensive Fortbildung, um auf die neue berufliche Situation vorbereitet zu werden. Fortbildungen müssen verpflichtend durchgeführt werden. Die Entscheidungen zur inklusiven Schule wurden bisher von Politikern, Bildungsexperten, Sprechern von Verbänden und einzelnen sehr engagierten Eltern diskutiert und beschlossen. Die Mehrzahl der Betroffenen blieb dabei außen vor. Wir fordern hierbei mehr Beteiligung, also die Einbeziehung aller betroffenen Schüler und Eltern.



Wir wären keine Piraten, wenn wir nicht noch auf einen weiteren Punkt aufmerksam machen würden: Es wird höchste Zeit, dass unsere Schulen endlich im 21. Jahrhundert ankommen. In der Informations- und Wissensgesellschaft ist der kompetente Umgang mit den gar nicht mehr so neuen Medien unabdingbar für die vollwertige gesellschaftliche Teilhabe. Doch kein Wort der Regierung hierzu, weder in der Rede von Frau Kraft, noch im Koalitionsvertrag, wie an Schulen mit Computern, Internet und Social Media umgegangen werden soll. Dabei ist in diesem Bereich viel zu tun. Wir brauchen eine landesweite „IT-Initiative Bildungsinnovation“. Die IT-Infrastruktur der Schulen muss flächendeckend auf einem aktuellen Stand gehalten werden. Es kann nicht sein, dass hier noch Geräte aus der digitalen Steinzeit verwendet werden. Wir wollen netzbasierte, virtuelle Lernumgebungen und Lernmanagementsysteme. Und wir meinen, dass jeder Schüler ab dem 5. Schuljahr ein mobiles, digitales Endgerät für das Lernen und Arbeiten im Netz verdient hat, also Laptop oder Tablet-PC. Wir sind überzeugt, dass durch den verstärkten Einsatz digitaler Lern- und Arbeitsmittel auch Kosten gesenkt werden können. Vor allem, wenn diese Materialien unter freier Lizenz verfügbar gemacht werden.

Im Koalitionsvertrag findet sich: Wir wollen, dass alle Studierwilligen ein erfolgreiches Studium in NRW absolvieren können, stärken die Demokratie an unseren Hochschulen und setzen den Rahmen für eine breite und Zukunft gerichtete Forschung. Dies ist unterstützenswert, das können wir Piraten sofort unterschreiben.

Schauen wir uns aber mal im Detail an, was damit gemeint ist:

Das System Hochschule muss komplett neu gedacht werden. Ist es nötig, dass Hochschulen wie Unternehmen funktionieren sollen? Ist es richtig, was der damaligen Regierung Rüttgers/Pinkwart aus Gütersloh souffliert worden ist oder ist nicht die akademische Selbstverwaltung und die wirkliche Autonomie der Wissenschaft ein Gut für sich?

Was heißt in diesem Zusammenhang eigentlich Autonomie? Als Autonomie bezeichnet man den Zustand der Selbständigkeit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Selbstverwaltung oder Entscheidungsfreiheit.

Autonomie heißt also nicht ausschließlich wirtschaftliche Autonomie à la Bertelsmann. Bildungseinrichtungen müssen immer wieder auf die Bedürfnisse einer Gesellschaft hin reflektiert werden, ein permanenter Prozess. Dies wurde gerade nicht hochgehalten, solche Steuerungselemente, wie Hochschulräte, sind gerade ein Zeugnis von ausschließlicher Orientierung an wirtschaftlichen Interessen. Das läuft völlig konträr zu dem angestrebten Anspruch der Zukunftsfähigkeit.

Die Fragen, die wir stellen müssen, lauten, was macht eine Hochschule zukunftsfähig, und welchen Beitrag leistet die Hochschule zur Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft?

Brecht hat Galilei in den Mund gelegt, dass die Aufgabe der Wissenschaft darin bestehe, die Mühsal der menschlichen Existenz zu verringern.

Und wir müssen heute die Frage stellen, welchen Beitrag die Hochschulen zur Orientierung in einer immer komplexer werdenden Welt leisten.

Aktuell zu diagnostizieren ist vor allem das Totalversagen der vorherrschenden Wirtschaftstheologien bei Analyse und Therapie zur Behebung der Krisen.



Ein Beispiel: Standard & Poors – also Gewöhnlich & Arm – ratete die Lehman-Brothers-Bank eine Woche vor dem Crash auf Triple-A.

Im Übermaß mit solcher betriebswirtschaftlichen Kompetenz im Bereich „Vorhersage“ ausgestattet sind bei uns die Hochschulräte. Ich bin im Zweifel, ob unsere germanischen Ahnen, die ihre Zukunft aus der Leber von totem Viehzeug gelesen haben, da nicht erfolgreicher waren.

Gerade in Puncto Transparenz sind die Hochschulräte ein hervorragender Ansatzpunkt für einen dringend nötigen Neuanfang.

Tatsächlich sind weder der Hochschulrat als Gremium, noch die einzelnen Mitglieder eines Hochschulrats, über die gesamte fünfjährige Amtszeit irgendeiner demokratisch legitimierten Instanz rechenschaftspflichtig. Das ist für uns Piraten inakzeptabel.

Der Hochschulrat ist sozusagen eine „freischwebende“ Einrichtung. Anders als bei einem Unternehmensaufsichtsrat sitzen im Hochschulrat noch nicht einmal die „Shareholder“, die dort ihre Einlagen-Interessen vertreten, dem „Vorstand“ gegenüber. Die Hochschulratsmitglieder entscheiden über das Geld der Steuerzahler nach ihren ganz persönlichen, ihren hochschulpolitischen oder ökonomischen Interessen und Einstellungen.

Die Mitglieder der Hochschulräte können bislang selbst bei einer persönlichen Verfehlung nicht einmal abberufen oder abgewählt werden.

Dies halten wir für eine handfeste Aushebelung jeglicher demokratischer Entscheidungsprozesse innerhalb der Hochschulen. Nehmen wir die Aussagen im Koalitionsvertrag also ernst, hieße das, die Demokratie in den Hochschulen konsequent entweder durch Abschaffung oder Umgestaltung der Hochschulräte zu erreichen.

Im Koalitionsvertrag finden wir allerdings zu der Frage der Hochschulräte eine ziemlich dehnbare Aussage - ich zitiere mit freundlicher Erlaubnis: „Die Zuständigkeiten und die Zusammensetzung der Hochschulorgane werden neu aufeinander abgestimmt. Das gilt insbesondere für die bisherigen Hochschulräte und die Senate.“ Zitatende.

Eine der Zugangshürden zur Hochschule, die Studiengebühren, wurde zum Glück schon in der letzten Legislaturperiode abgeschafft. Wir PIRATEN sehen die Gesellschaft in der Pflicht, jedem Menschen die Chance auf eine Hochschulbildung zu ermöglichen. Denn an den Universitäten und Fachhochschulen wird neues Wissen geschaffen, die bestehenden Wissensbestände an die nächsten Generationen vermittelt und diese in Wissenschaft und Forschung eingewiesen. Dies bedeutet, dass die Hochschulen in NRW weiter ausgebaut werden müssen. Auch hier: Für uns Piraten gilt der Grundsatz Keine Bildung ist zu teuer!

Durch die Verbesserung der Bildung wird die Grundlage für ein wirtschaftliches Wachstum in der Zukunft und damit für steigende Steuereinnahmen gelegt. Folgekosten in den sozialen Sicherungssystemen können nachhaltig eingespart werden. Denn: Höhere Investitionen in Bildung rechnen langfristig und gesamtgesellschaftlich.

Die neoliberale volkswirtschaftliche Modellarithmetik kennt allerdings keinerlei Kennzahlen, Investitionen in Bildung auch nur annähernd abzubilden.



Deshalb ist es auch wichtig, dass die Investitionen im Hochschulbereich nicht ausschließlich auf der Ebene von Wettbewerben und Exzellenzinitiativen, sondern in die Breite zu investieren und den jahrelangen Sanierungs- und Investitionsstau zu beenden. Dies kann natürlich nur unter Beteiligung des Bundes funktionieren.

Es ist erstrebenswert, dass die Hochschulen sich weiter öffnen und auch neue Medien als Mittel der Wissensgenerierung und Wissensvermittlung eine viel stärkere Rolle spielen. Abbau von Hürden bedeutet für uns aber auch Zugang zum Netz als Bestandteil des Bildungssystems.

Die Entwicklung von Fähigkeiten zur Recherche im Netz und die Kompetenz, sich ein eigenständiges, persönliches Netzwerk von Kontakten in Social Networks zu erarbeiten, sehen wir als zentrale Ziele der Bildung.

Hochschulen zeichnen sich darin aus, dass Forschung und Lehre einen Einklang bilden. Aber das kann nur funktionieren, wenn die nötigen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Für uns ist der Ausbau des akademischen Mittelbaus ein vorrangiges Ziel. Akademische Ausbildung ist in erster Linie nicht nur das Streben nach Reputation durch Publikationen, sondern Forschung erlebbar machen und die Studierenden in diese einzubinden.

Kommunikation, Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft. Ihr Gesicht wird durch Bildung geprägt. Bildung ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie gibt Orientierung in einer komplexen Welt und schützt die Gesellschaft vor irrationalen Ängsten und leichtfertigen Vorurteilen. Sie versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und wenn nötig, die gesellschaftliche Richtung zu ändern. Wer die Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlage, auf der unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Dazu leisten die Hochschulen einen wichtigen Beitrag, geben wir ihr den Rahmen, in dem Innovationen möglich sind und sie den größtmöglichen Nutzen für die Gesellschaft haben. Ausschließliche Ausrichtung auf Verwertbarkeit von Humankapital und Output-Orientierung bei den Studierendenzahlen helfen nicht und sind innovationshemmend und daher in letzter Konsequenz auch unwirtschaftlich.

Zum Forschungsstandort NRW ist zu sagen, dass wir es kritisch sehen, dass Professoren teilweise nur noch mit der Beschaffung von sog. Drittmitteln beschäftigt sind. Ein Teil der durch Drittmittel eingeworbenen Gelder wird durch staatliche Förderung bereitgestellt. Die Notwendigkeit dieser Förderprogramme ist zu hinterfragen und eventuell freiwerdende Gelder sind dem Etat der Hochschulen zuzuführen. Hierdurch können Hochschulen die Gelder an den Stellen einsetzen, an denen sie benötigt werden. Zusätzlich entfällt der durch Antragsprozesse entstehende Mehraufwand.

Zu der Drittmittelinwerbung zählen auch Drittmittel aus der Privatwirtschaft. Die Forschungsfreiheit an den Hochschulen ist gefährdet, wenn private Auftragsgeber gezielt ein bestimmtes Forschungsergebnis verfolgen. Dadurch wird ergebnisorientierte Forschung unter dem Deckmantel von Neutralität und Sachlichkeit als öffentliches Forschungsergebnis verkauft. Die PIRATEN fordern daher eine deutliche Nennung privater Förderer. Durch Verträge gehen die Rechte an den Forschungsergebnissen oftmals vollständig an den privaten Auftragsgeber über. Dadurch werden Patente in der privaten Wirtschaft geschaffen, die durch öffentliche Gelder mitfinanziert wurden. Unter Beteiligung von öffentlichen Geldern sind alle Forschungsergebnisse öffentlich zu machen.



Frau Ministerpräsidentin, sie haben erwähnt, dass Kultur kein Luxus ist!

Leider aber nehmen – bedingt durch die chronisch maroden Kommunalfinzen – viele Kommunen bei den sogenannten freiwilligen Leistungen Einsparungen vor. Dies ist ein unerträglicher Zustand. Da muss durch entsprechende Maßnahmen unter allen Umständen Abhilfe geschaffen werden. Vor allem der Zugang zur Kultur muss erleichtert und befördert werden. Gesellschaftliche Teilhabe und damit auch kulturelle Teilhabe ist die Voraussetzung, um gesellschaftliche Spannungsfelder transparent zu machen und Konflikte zu lösen. Interkulturalität darf kein Schimpfwort in unserer Gesellschaft sein. Sie muss gelebt und auch erlernt werden können. Deshalb braucht gerade NRW gut ausgebildete Pädagogen, die bereits in den Kitas und Schulen wirken und dort Interkulturalität vorleben.

Wir benötigen für NRW eine offene, vernetzte und für alle Menschen zugängliche Kultur. Eine Kultur, die keinerlei Deutungshoheit unterworfen ist und jedem Menschen zur eigenen Teilhabe und freien Mitgestaltung offen steht. Wir PIRATEN fordern eine neue Wahrnehmung in der Klassifizierung von Kultur und den damit einhergehenden Bewertungen von Niveau oder Geschmack. Während die selbst ernannte Hochkultur mit Subventionen gestützt wird, müssen Kulturbereiche jenseits der ausgetretenen Pfade sehen, wo sie bleiben. Den Protagonisten bleibt oft nichts anderes, als sich zu boulevardisieren und sich selbst zu Kunsthandwerkern zu reduzieren, um am Markt bleiben zu können. Dies gilt es zu ändern.

Wenn von Spitzenleistungen von Kunst- und Kulturschaffenden geredet wird, halten wir dies für höchst bedenklich. Alleinige Ausrichtungen auf Leuchtturmprojekte und sog. Spitzenleistungen wird der bunten und vielfältigen Kultur- und Kunstlandschaft NRW nicht gerecht!

Darüber hinaus bedeutet Zugang zur Kultur auch immer Zugang zum Markt! Das hierin schlummernde, auch wirtschaftlich relevante Potential ist nicht einmal im Ansatz berücksichtigt.

Kreativ-Report NRW

Frau Ministerpräsidentin, Herr Wirtschaftsminister Duin – ein weiteres Thema, das uns Piraten am Herzen liegt, ist die Kultur- und Kreativwirtschaft in NRW. Vor einigen Wochen haben Sie, Herr Wirtschaftsminister, den „Kreativ-Report NRW“ vorgelegt. Darin wird die große wirtschaftliche Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft für Nordrhein-Westfalen deutlich – schon heute macht sie einen bedeutenden Teil der Wertschöpfung in NRW aus. Allein die Software- und Games-Branche ist in NRW seit 2008 um sage und schreibe 30% gewachsen.

Doch nicht nur in Hinsicht auf ökonomische Kennzahlen sind kreative Wirtschaftszweige wichtig. Die Kultur- und Kreativbranche ist vor allem auch ein wesentlicher Innovationsmotor, der für positive Effekte in allen anderen Branchen sorgt. Die digitale Revolution, die wir seit einigen Jahren erleben und die noch lange nicht abgeschlossen ist, findet ihren konkreten gesellschaftlichen Ausdruck eben in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Hier entstehen aus neuen Technologien neue Ideen, Produkte und Dienstleistungen, die gesamtgesellschaftlich relevant sind.

Ein Beispiel wäre der Megatrend der Digitalisierung, der nicht nur leichteren und schnelleren Zugriff auf Wissen ermöglicht, sondern andererseits auch helfen kann, natürliche Ressourcen zu schonen, indem beispielsweise Firmen und Behörden weitgehend auf Papier verzichten können. Wir Piraten freuen uns im Übrigen, dass dieser Megatrend inzwischen auch hier im Landtag angekommen ist. Noch schöner wäre es allerdings, wenn dieser auch die Landesregierung erreichen würde – ich denke hier mit Schrecken an die großen und weitgehend überflüssigen Stapel



von Papier, die jeder einzelne Abgeordnete im Zuge der Haushaltsberatungen in Form der ausgedruckten Einzelpläne auf seinem Schreibtisch vorfindet. Totholz-Interaktivität beschränkt sich auf das Herummarkern.

Totholz kann nicht rechnen.

Ein weiteres Beispiel für den konkreten gesellschaftlichen Nutzen, den Innovationen aus der Kreativbranche haben können, ist die Möglichkeit digitaler Bürgerbeteiligung und Willensbildungsprozesse. Was heute aufgrund der digitalen Medien an transparenten und inklusiven Verfahren möglich ist, wäre vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen. Wie Sie sicher wissen, ist das ein Thema, das uns Piraten nicht kalt lässt – gern erklären wir uns bereit, der Landesregierung in diesem Bereich mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Der Kreativ-Report NRW, der im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erstellt wurde, stellt aber nicht nur die große Bedeutung Kultur- und Kreativwirtschaft für NRW heraus. Er zeigt darüber hinaus auch die Wichtigkeit, diese Branche effektiv politisch zu fördern. Und hier müssen wir Sie fragen, wie ernst Sie es damit meinen. In ihrem Koalitionsvertrag etwa findet sich kein einziges konkretes Projekt, ja nicht mal eine vage Idee, wie man die Kultur- und Kreativwirtschaft praktisch fördern könnte.

Der Kreativ-Report NRW zeigt nun eine ganze Reihe von Punkten auf, an denen sich politisch ansetzen lässt – wir hoffen, dass Sie das auch tun werden. Ich will hier kurz auf das eingehen, was aus unserer Sicht entscheidend ist:

Erstens stellt der Kreativ-Report NRW zu Recht fest, dass es sich bei der Kultur- und Kreativwirtschaft um eine sehr kleinteilige und heterogene Branche handelt.

Ja man könnte sogar fragen, ob es „die eine“ Kultur- und Kreativwirtschaft überhaupt gibt. Viele der Akteure in diesem Bereich – der Goldschmiede, selbstständige Künstler und 3D-Entwickler gleichermaßen umfasst – würden sich selbst vermutlich gar nicht zu dieser Branche zählen. Umso wichtiger ist es, dass Förderprogramme passgenau auf die unterschiedlichen Bedürfnisse dieser verschiedenen Segmente der Kultur- und Kreativwirtschaft zugeschnitten sind.

Dies erfordert einerseits eine Binnendifferenzierung der Förderprogramme, andererseits aber umso mehr eine wirksame, ressortübergreifende Abstimmung der Förderbemühungen: Wir halten es für entscheidend, dass die Förderung abgestimmt, bedarfsgerecht und zielgerichtet ist. Eine solche Abstimmung können wir bei Ihnen bisher jedoch noch nicht wirklich erkennen: Laut Haushaltsplan stehen allein in vier Ministerien ganz verschiedene Fördertöpfe bereit, die jeweils auch zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft dienen sollen. Gibt es hierbei eine ressortübergreifende Strategie? Oder kocht hier jedes Ministerium sein eigenes Süppchen? Wir würden uns freuen, wenn die Landesregierung einen Masterplan Kreativwirtschaft entwickeln würde. Gerne werden wir uns hieran konstruktiv beteiligen.

Zweitens werden einige Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft immer noch ein wenig als Schmuttelkinder behandelt – wir denken hier vor allem an die Games-Branche. Schon heute macht die Spieleindustrie weltweit höhere Umsätze als die Filmbranche. In NRW liegt der Bereich Software/Games laut Kreativ-Report in Sachen Umsatz deutlich vor der Film- oder der Musikindustrie.



Trotzdem werden beispielsweise Filme in Deutschland und NRW – auch im Hinblick auf die öffentliche Wahrnehmung – weit umfassender gefördert als Computerspiele: Etwa mit Filmhochschulen und entsprechenden Instituten. Dabei sind Video- und Computerspiele längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und Bestandteil unseres sozialen Zusammenlebens. Wir setzen uns für die Förderung von digitalen und nicht-digitalen Spielen als Kulturgut ein.

Das sogenannte Mittelstandsförderungsgesetz ist aus Sicht der Piraten ein Beispiel für Gesetzgebung, wie sie nicht sein sollte. In Ihrem Koalitionsvertrag schreiben sie: „Wir wollen miteinander für mehr Transparenz von Politik sorgen.“ Mit dem Mittelstandsförderungsgesetz tun Sie jedoch das genaue Gegenteil. Sie bringen ein Gesetz ein, das voller Worthülsen steckt und bei dem fraglich ist, ob es dem Mittelstand überhaupt hilft. Vor allem aber bringen Sie ein Gesetz ein, dessen Kernbestandteil, die sogenannte „Clearingstelle Mittelstand“, den Verbandslobbyismus auf Landesebene institutionalisiert und die Position des Parlaments im Gesetzgebungsverfahren schwächt.

Tatsächlich werden in diesem Gesetzentwurf elementare Regeln von Demokratie und Transparenz verletzt:

Mit der „Clearingstelle Mittelstand“ wollen sie eine Institution schaffen, die sämtliche Gesetzes- und Verordnungsvorhaben der Landesregierung, die den Mittelstand betreffen (und das dürften viele sein), auf ihre Mittelstandsverträglichkeit prüft. Konkret soll ein Gremium aus Vertretern sozialpolitischer Verbände und wirtschaftlicher Interessenorganisationen geplante Gesetze lesen und bewerten dürfen, noch ehe sich auch nur das Kabinett mit diesen befasst hat – geschweige denn die demokratisch gewählten Abgeordneten im Landtag.

Damit schaffen sie nicht nur ein bis dato einmaliges – weil gesetzliches – Einfallstor für Lobbyismus. Sie konterkarieren geradezu die Idee des demokratischen Gesetzgebungsprozesses: Sie wollen die Beamten in den Ministerien gesetzlich dazu verpflichten, künftig als allererstes bezahlte Interessenvertreter zu einer geplanten Regelung zu befragen. Erst wenn die Lobbyisten ihre Meinung deutlich machen konnten, soll sich die Regierung als Ganzes mit dem Vorgang befassen. Und irgendwann, ganz am Ende, wenn die Sache längst entschieden ist, dürfen dann auch die demokratischen gewählten Abgeordneten den Gesetzesentwurf abnicken – und höchstens noch kosmetische Korrekturen daran vornehmen.

Nun mögen Sie sagen, dass es sich hier ja gar nicht um irgendwelche Lobbyisten handele, sondern um Vertreter des Mittelstandes, die ausschließlich mittelstandsrelevante Dinge bewerten sollten. Doch das ist de facto nicht der Fall: Zwar soll die Clearingstelle mit Vertretern der wirtschaftlichen Selbstverwaltung bestückt werden, etwa aus den Industrie- und Handelskammern oder den Handwerkskammern. Doch sind Sie wirklich sicher, dass diese die Interessen von Klein- und Mittelbetrieben effektiv vertreten? Immer wieder hört man vielmehr die Klage, dass solche Verbände gerade die Interessen der großen Mitglieder vertreten; nämlich derjenigen, die den höchsten Mitgliedsbeitrag bezahlen. Dann jedoch könnte aus der Mittelstandsförderung schnell eine Großunternehmensförderung werden.

Ein anderer Aspekt an der personellen Zusammensetzung der Clearingstelle ist jedoch noch viel problematischer: Denn über genau diese personelle Zusammensetzung soll die Landesregierung laut ihres Entwurfs per Verordnung entscheiden können. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Regierung die Mitglieder der Clearingstelle nach eigenem Gutdünken – und also völlig willkürlich – auswählen kann. Der Landtag soll hierbei wiederum keine Rolle spielen.



Anders gewendet: Den entscheidenden Teil des Gesetzes – den Lobbyisten-Traum namens „Clearingstelle Mittelstand“ – wollen Sie dem parlamentarischen Zugriff entziehen! Der Landtag soll nach Ihrem Gesetz nicht nur an letzter Stelle des Gesetzgebungsverfahrens stehen. Sie möchten jedwede Einmischung des Landtags verhindern, wenn künftig statt demokratisch gewählter Volksvertreter bezahlte Interessenvertreter die Gesetze der Landesregierung vorbereiten.

Jetzt frage ich Sie: Wird die Besetzung der Clearingstelle den Prinzipien der Gemeinwohlorientierung und des Interessenausgleichs folgen? Oder werden dort die Vertreter derjenigen Verbände sitzen, die die besten Beziehungen zur Landesregierung pflegen?

Ich fasse zusammen: Das Mittelstandsförderungsgesetz ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zur Entmachtung des Parlaments und zur Dominanz von Exekutive und wirtschaftlichen Interessen. Per Gesetz wird in NRW der Lobbyismus im Gesetzgebungsprozess verankert; das Parlament dient hier nicht mehr der inhaltlichen Gestaltung von Gesetzen, sondern der formaljuristischen Absegnung. Dieses Gesetz spricht Ihren angeblichen Bemühungen um Transparenz und Demokratie Hohn.

Wir Piraten wollen etwas grundsätzlich anderes. Die Idee, Gesetze zu durchleuchten, um unnötige Bürokratie zu verhindern, begrüßen wir grundsätzlich sehr. Noch wichtiger ist für uns jedoch ein transparenter und vor allem demokratischer Prozess. Wieso verbinden wir nicht also beides und setzen auf Bürgerbeteiligung, von der Sie ja so viel sprechen? Denn auch Einzelunternehmer, Inhaber und Freiberufler sind Bürger, die über Sachverstand verfügen. Trauen Sie diesen Menschen nicht zu, Gesetze auf Mittelstandsverträglichkeit zu prüfen und Ihre Einwendungen selbst vorzubringen?

Oder – noch besser – wie wäre es gleich mit der Einrichtung einer „Clearingstelle Bürger“? Diese könnte die Möglichkeit bieten, offen über transparent entwickelte Gesetze zu diskutieren und sie auf „Bürgerverträglichkeit“ zu überprüfen. Eine solche Gesetzesüberprüfung würden die Piraten sofort unterstützen. Von einem solchen Demokratieverständnis scheinen Sie jedoch noch meilenweit entfernt zu sein.

Verbraucherschutz

Wir PIRATEN, die Politik für und nicht gegen die Gesellschaft fordern, haben die gesamtgesellschaftliche Relevanz des Verbraucherschutzes erkannt.

Als fundamental wichtiges Ziel auf diesem Weg sehen wir die Verankerung des Verbraucherschutzes in der Landesverfassung. Dadurch soll der Verbraucherschutz zum integralen Bestandteil der Politik werden. Wir haben dazu bereits die Einrichtung eines eigenen Verbraucherschutzministeriums gefordert.

Diese beiden Punkte werden eines unserer Ziele in diesem Bereich sein!

Datenschutz und Transparenz sind dabei fundamentale Bestandteile des Verbraucherschutzes, die bei uns besonders hohes Gewicht haben. Konkret streben wir neben den oben schon erwähnten Zielen ein Lobbyistenverbot bei allen Gesetzesentwürfen an.

Verbraucherinteressen sind bislang vom Gesetzgeber nur teilweise berücksichtigt worden. Immer wieder ist eine Unterordnung der berechtigten Interessen der Verbraucher unter kommerzielle Gesichtspunkte festzustellen.



Dabei haben sich Parlament und Regierung in erster Linie als Volksvertreterinnen zu verstehen und nicht als Vertreter von Unternehmensinteressen.

Derzeit beschränkt sich der Verbraucherschutz darauf, im Nachhinein auf Lebensmittelskandale zu reagieren.

Wir fordern dagegen proaktive Maßnahmen!

Eine proaktive Maßnahme wäre z. B. die vollständige Erfassung der Medikation (und nicht nur Antibiotika) in der Tieraufzucht. Ein Element dessen ist eine Datenbank, in der sämtliche Medikamentengaben im Rahmen der Tieraufzucht erfasst werden.

Für uns PIRATEN ist es an der Zeit, zum Nutzen von Tieren, Umwelt und Menschen einen grundlegenden Wandel in der Tierhaltung herbeizuführen. Daher fordern wir ein Verbot der industriellen Massentierhaltung und eine Verschärfung des Schutzes landwirtschaftlicher Nutztiere bei Haltung, Transport und Schlachtung. Wir setzen uns für eine Festschreibung höherer Mindeststandards in der Nutztierhaltung ein.

Als erste Grundlage sollen die bisher für die Biozertifizierung festgelegten Kriterien gelten.

Eine Verbraucherbildung von Kindern und Jugendlichen schon in der Schule ist für uns besonders wichtig, d. h. ein Verbraucherbildungsangebot auf allen schulischen Ebenen soll gefördert werden. Denn nur informierte Bürgerinnen und Bürger können die für sie richtigen Entscheidungen treffen. Dies zu lernen, muss schon in der Schule eingeübt werden. Dies steht auch in direktem Bezug zum Lernkontext Medienkompetenz.

Wir als Piratenfraktion machen nicht nur auf Digital. Wir wollen in allen Politikfeldern aktiv sein. Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln.

Die Prinzipien aus der vernetzten Welt müssen auf die Gesellschaft übertragen werden. Das bedeutet, wir wollen den freien Zugang für Alle zu Information und Wissen.

Und wir wollen darüber hinaus auch den freien Zugang für Alle zu allen Gemeingütern. Dazu gehört auch ein diskriminierungsfreier Zugang zur Infrastruktur wie z. B. dem öffentlichen Nahverkehr.

Mobilität ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und damit ein Menschenrecht.

Aus diesem Grund fordern wir einen fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr. Wir wissen natürlich, dass ein so weitgehendes Konzept nicht von heute auf morgen umzusetzen ist. Aber wir wollen, dass spätestens mit dem Haushaltsentwurf 2013 für die Menschen spürbare und konkret erfahrbare Finanzierungsmaßnahmen ergriffen werden. Bei gutem Willen könnte man erste Weichen bereits in diesem Jahr stellen.

Es hilft nichts, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, wenn Sie den Menschen immer wieder große Versprechungen machen und am Ende davon nur Restposten übrig bleiben. Schlicht nach dem Motto „und der Berg gebar eine Maus“. Angesichts der generell schwierigen Finanzlage auf der Ebene der Bundesländer laufen sie damit ganz eindeutig in eine Glaubwürdigkeitsfalle. Von schönen Politikerworten können die Menschen nicht leben, dadurch erfahren sie auch keine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitssituation. Wir Piraten wollen deshalb ganz



konkret und spürbar den Bürgern, den Kindern, den Schülern und Studenten, ja den Menschen ohne Arbeit und den Familien helfen.

Wir wissen, dass unsere Vorstellungen nicht kurzfristig und schon gar nicht in einem Haushaltsjahr zu verwirklichen sind. Aber Politik muss den Anspruch haben, in einer Legislaturperiode zu verändern und zu gestalten. Dafür müssen sich auch Schritt für Schritt Finanzierungswege finden, sonst kann Politik ihren Gestaltungsanspruch aufgeben.

Politik betreibt Design für unser Zusammenleben, ein Designer ohne Visionen ist aber kein Realist (Weidemann).

Wir brauchen für die öffentliche Daseinsvorsorge keine Businesspläne für das Land Nordrhein-Westfalen und dann womöglich noch einen Vorstandsvorsitzenden einer Nordrhein-Westfalen AG. Denn man kann das Lebens- und Arbeitsumfeld der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen nicht ausschließlich an sogenannten betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskalkülen ausrichten. Wir brauchen ein tragfähiges Zukunftskonzept für ein solidarisches Gemeinwesen und für den inneren Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen. Die Solidarität, von der wir Piraten sprechen, entsteht ganz von allein, jedoch nur dann, wenn eine gerechte Lastenverteilung und eine Verbesserung der Einnahmeseite damit die öffentlichen infrastrukturellen Ressourcen und die Versorgungsstandards gepflegt, verbessert und auch finanziert werden können.

Stichwort Wohnungsbau/drohende Luxusmodernisierung: Das Pestel-Institut hat in diesen Tagen die Probleme des Wohnungsbaus beschrieben.

An Rhein und Ruhr liegt der Bedarf an Sozialwohnungen bei über 1,7 Millionen. Zur Verfügung stehen aber nur etwa 500.000. Jährlich verschwinden zudem ca. 46.000 Sozialwohnungen, weil die Frist der Mietpreisbindung ausläuft.

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen nimmt schon jetzt dramatische Ausmaße an, eine weitere Verschärfung ist bei Fortsetzung der betriebenen Wohnungspolitik absehbar, ja geradezu unausweichlich. Die Landesregierung selbst erwartet in ihrem aktuellen Sozialbericht 2012 eine Verschlechterung der Chancen wohnberechtigter Haushalte auf eine Sozialmietwohnung – angesichts des laufenden zurückgehenden Bestands solcher Wohnungen und dem faktisch nicht mehr stattfindenden Neubau in diesem Bereich keine besonders gewagte Aussage.

In NRW haben wir es ja auch mit den Spätfolgen der Steinbrückschen Wohnungsbau-Politik zu tun, die unter Rüttgers konsequent fortentwickelt wurde.

Angesichts der inzwischen vorliegenden Erfahrungen mit renditegetriebenen Wohnungsunternehmen, die Wohnungen als Finanzmarktprodukt verstehen, kann die Privatisierung keine Option mehr sein, wenn wir den kommunalen Einfluss auf die Versorgung mit angemessenem Wohnraum auch solcher Bevölkerungsgruppen aufrecht erhalten wollen, die am Markt kaum mit solchem Wohnraum versorgt werden.

Dabei handelt es sich mitnichten um ein fakultatives Politikfeld, um das wir uns kümmern können, wenn der Rest erledigt ist. Es handelt sich hier vielmehr um ein Kernelement sozial gerechter Politik. Denn ohne Wohnen ist alles nichts.

Der Streit um die Einnahme- und Ausgabenstrukturen, Steuern und Abgaben sowie deren Verwendung ist im Wesentlichen nichts anderes als die Fortsetzung eines ständigen gesellschaftli-



chen (Verteilungs-) Konfliktes auf staatlicher Ebene. In der klassischen Finanzpolitik werden dabei drei zentrale Aufgabenstellungen formuliert und zwar die Allokations-, Distributions- und Stabilisierungsfunktion. Hier geht es im Wesentlichen um die Bereitstellung öffentlicher Güter (Infrastruktur, etc.) um Marktversagen auszugleichen, um die Korrektur der Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie um die Herstellung von wirtschaftlicher Stabilität bzw. das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht (siehe magisches Viereck Stabilitätsgesetz 1967).

Die Finanzierungsgrundlagen, die Steuer- und Abgabenpolitik, rücken immer mehr in den Mittelpunkt der sozialen Auseinandersetzungen. Vor allem auch vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Entkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft stehen für die staatlichen Ausgleichs- und Regulationsfunktionen immer weniger finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Für die Veränderungsnotwendigkeiten in Wirtschaft und Politik z. B. im Rahmen einer Steuerung des Strukturwandels, einer regulativen Industrie- und Investitionspolitik bleibt immer weniger Raum. Die Neujustierung der staatlichen Finanzen hat immer mehr zum Ergebnis, dass die Sozialsysteme auf ein Niveau zurechtgeschnitten wurden, das gerade noch ausreicht, um die politische Stabilität – so eben – zu erhalten. Die vielgepriesene soziale Sicherheit wurde abgelöst durch den Begriff der „Eigenverantwortung“, die nun wiederum ausschließlich zur „Privatangelegenheit“ gemacht wird. Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Freiheit sind zwar Grundwerte von uns Piraten, jedoch wissen wir, dass sie eingebunden gehören in ein gesamtgesellschaftliches Wir.

Dieses Wir aber wird zerrüttet und zerstört durch die Tatsache, dass viele Mitglieder unserer Gesellschaft auch in Nordrhein-Westfalen im blanken wirtschaftlichen Existenzkampf stehen.

Sie haben lediglich Recht und Freiheit auf das Scheitern zum wirtschaftlichen Tod.

Wenn aus den öffentlichen Haushalten elementare staatliche Aufgaben nicht mehr finanziert werden, nimmt darüber hinaus die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger zu. Die Rettung großer Privatbanken und zahlreicher Landesbanken, in Nordrhein-Westfalen die WestLB, aber auch die Industrie- und Kreditbank (IKB), wird weitgehend mit zusätzlichen Krediten in Milliardenhöhe finanziert. Gleichzeitig verdienen ausgerechnet die Verursacher dieser zusätzlichen Staatsverschuldung nun auch noch an der Finanzkrise und werden nicht in Mithaftung genommen oder an den Lasten beteiligt. Der Steuerzahler wird ständig zur Kasse gebeten durch einschneidende Kürzungen im Bereich Arbeit und Soziales. Die systematische Verarmung der öffentlichen Kassen ist auf allen Ebenen unübersehbar. Wenn sich die Politik als unfähig erweist, diese in der Gesellschaft offensichtlichen Missstände zu beseitigen und nachhaltig zu lösen, wird sich der Unmut der Bürgerinnen und Bürger gegen die Politik insgesamt richten. In diesem Kontext ist die Piratenfraktion der Auffassung, dass die zunehmende staatliche Verschuldung die Handlungsspielräume von Bund, Land und Kommunen einschränkt und daher mittelfristig auf ein finanzwirtschaftlich vertretbares Maß reduziert werden muss.

Die Einführung automatischer Schuldenbremsen lenkt dabei von der Notwendigkeit einer Korrektur der primären Einkommensverteilung, also des gesellschaftlichen überschüssigen Vermögens ab. Mit automatischen Schuldenbremsen wird der Eindruck erweckt, dass über rein technische bzw. haushalterische Vorkehrungen auf der Ausgabenseite eine nachhaltige Reduzierung der Defizite in den öffentlichen Haushalten möglich sei. Zur Finanzierung notwendiger Ausgaben in Bildung, Arbeit, Umwelt und zur Sicherung eines leistungsfähigen Sozialstaats sind jedoch Mehreinnahmen erforderlich. Eine Herstellung der Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte ist deshalb vor allem über eine Verbesserung der Einnahmen des Staates zu erreichen und in Sonderheit durch eine Beteiligung derjenigen, die die aktuelle Krise verursacht haben.



Eine Veränderung der Verteilung bereits vorhandener Einnahmen und darüber hinaus auch zusätzlicher Steuereinnahmen durch eine andere Steuerpolitik ist bekanntermaßen die entscheidende Frage und Stoßrichtung. Hierdurch stünden genügend Mittel zur Verfügung für einen piratigen Kurswechsel in Nordrhein-Westfalen und gleichzeitig für einen sukzessiven Schuldenabbau.

Lassen sie mich einige Anmerkungen machen zum europäischen Fiskalpakt und seinen Auswirkungen auf NRW. Das ist in ihrer Regierungserklärung gestern nur am Anfang und damit am Rande zur Sprache gekommen.

Die deutsche Schuldenbremse, wie sie das Grundgesetz seit 2009 vorschreibt, hatte bisher nur begrenzte Wirkung, da der Bund erst ab 2016 daran gebunden ist und die Bundesländer sie erst ab 2020 strikt einhalten müssen. Die konkrete Umsetzung in der Landesverfassung in Nordrhein-Westfalen ist bisher noch nicht erfolgt, denn offensichtlich hatte die Auseinandersetzung mit dieser Frage noch reichlich Zeit. Von Seiten der Landesregierung war man sich einig, dass wenigstens für die Kommunen in NRW ein Schutzschirm gegen zusätzliche Belastungen geschaffen werden müsse. Nun steht aber bereits eine enorme Beschleunigung und Verschärfung der restriktiven Regeln durch den Fiskalpakt auf EU-Ebene vor der Tür. Es sind erneut weitreichende Folgen für das Bundesland Nordrhein Westfalen und seine Gemeinden zu erwarten.

Wir Piraten können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass bisher nur wenige wirklich realisiert haben, welche Wirkungen im Einzelnen damit verbunden sind. Es gibt dazu bisher keine parlamentarische Meinungsbildung. Nach unserer Auffassung findet das uneingeschränkte Entscheidungsrecht der Abgeordneten über die Haushaltskasse demnächst seine engen Grenzen im Europäischen Fiskalpakt.

Damit sind einschneidende Rückwirkungen auf die demokratischen Gestaltungskompetenzen der Landesparlamente und seiner Abgeordneten verbunden. Darauf will ich jetzt hier nicht näher eingehen, denn mir geht es an dieser Stelle um die Kommunen.

Angesichts des Tempos der ständigen Euro Rettungsmaßnahmen und der Unklarheit über die Einzelheiten und Tragweite der aktuellen Vertragswerke, kann aus Piratensicht von einer sorgfältigen parlamentarischen Prüfung und Befassung wohl kaum die Rede sein. Die im Bundesrat vertretenen Länder haben dennoch zügig Zustimmung signalisiert, auch Nordrhein Westfalen. Die Verlockung durch finanzielle Zugeständnisse an die Bundesländer in Höhe von insgesamt 1 Milliarde Euro für den zusätzlichen Kita-Ausbau und für die Grundsicherung im Alter war groß und hat den Blick hinsichtlich der realen finanziellen Belastungen im jeweiligen Landeshaushalt getrübt. Das wollen wir Piraten ihnen zubilligen. Diese Zusagen sind bisher jedoch Absichtserklärungen und angesichts der steigenden Lasten der Kommunen für die soziale Grundsicherung allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Weitere konkrete Zusagen in entscheidenden Punkten hat es nicht gegeben sondern es gibt nach unserer Auffassung lediglich vage Vertröstungen z. B. bei den Eingliederungshilfen für Behinderte.

Der Fiskalpakt verschärft jedenfalls die Maastricht-Kriterien und die deutsche Schuldenbremse in zeitlicher und qualitativer Hinsicht z. B. durch folgende

Regel:

Spätestens ab 2014 darf der Bund bzw. jeder Vertragsstaat nur ein strukturelles Defizit von max. 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufweisen (sog. Defizitkriterium). Diese Regelung bezieht sich jedoch auf den gesamtstaatlichen Haushalt und damit auf Bund, Länder und ebenso auf die Gemeinden. Während sich also die deutsche Schuldenbremse in der Vergangenheit auf Bund und



Länder bezieht, werden zukünftig beim Fiskalpakt auch die Gemeinden und Sozialversicherungsträger inkl. Nebenhaushalte in die Verschuldungsquote einbezogen. Dadurch entsteht ein enormer zusätzlicher Sparzwang für die Länderhaushalte und natürlich auch erhebliche Belastungen für die Städte und Gemeinden.

Wir als Piratenfraktion wollen da ganz einfache Fragen an die Landesregierung aufwerfen. Wie sollen vor diesem Szenario eigentlich die chronisch unterfinanzierten Kommunen zukünftig die Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, die Sanierung von Schulen und Straßen und die Ausgaben für Soziales aufbringen? Welche ganz konkreten Lösungsvorschläge hat da die Landesregierung? Nun haben Sie bereits über die Einsetzung eines teuren Effizienzteams entschieden, dass bis zum Ende der Legislaturperiode dauerhaft im Haushalt strukturelle Einsparpotenziale von 1 Milliarde Euro aufzeigen soll. Dieses Effizienzteam kann ja wohl nicht allen Ernstes ihre nachhaltige konzeptionelle Lösung darstellen, um die zukünftigen Finanzierungsdefizite auf Landes- und Kommunalebene auszugleichen!? Offensichtlich kann eine vernünftige und hinreichende Finanzausstattung des Landes nur durch einschneidende Verbesserungen der Einnahmeseite erreicht werden.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, hier sind Sie nicht glaubwürdig. Im Wesentlichen haben Sie die gleichen Forderungen bereits in der letzten Legislaturperiode angekündigt. Bundesratsinitiativen und das halbherzige Agieren von SPD und Grünen auf Bundesebene haben jedenfalls noch keinen einzigen Euro mehr in die Landeskasse gebracht. ...

Verehrte Frau Ministerpräsidentin, jenseits aller Streitpunkte, die wir haben und sicher noch haben werden, die Piratenfraktion reicht Ihnen die Hand wünscht Ihnen und Ihrer Regierungsmannschaft eine glückliche Hand für die kommenden Aufgaben.

Meine Damen und Herren,

ich möchte ausdrücklich anmerken, dass dieser Beitrag ein Gemeinschaftsprodukt der gesamten Piratenfraktion NRW darstellt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.